



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 154. Ratssitzung vom 17. September 2025

5109. 2025/343

Dringliches Postulat von Martina Zürcher (FDP) und Andreas Egli (FDP) vom 20.08.2025:

Regionalwache City der Stadtpolizei, bevölkerungsfreundlichere Öffnungszeiten

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Martina Zürcher (FDP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4932/2025): Stellen Sie sich vor, ein Tourist schlendert an einem Samstagnachmittag durch die Stadt und wird ausgeraubt. Für die Behörden und Versicherungen benötigt er einen Polizeirapport. Die Stadtpolizei (Stapo), das drittgrösste Polizeikorps der Schweiz, ist aber von Freitagabend um 18 Uhr bis Montagmorgen um 07 Uhr geschlossen. Das ist seit dem 4. August 2025 so, da die Stadtpolizei die Öffnungszeiten ihrer Regionalwachen aufgrund von Personalmangel weiter eingeschränkt hat. Ein schlimmeres Beispiel: Eine Frau wird an einem Freitagabend Opfer eines Sexualdelikts, traut sich aber nicht, jemandem davon zu erzählen. Am nächsten Morgen möchte sie doch eine Anzeige erstatten und persönlich auf der Wache vorsprechen, da es sich um ein sensibles Thema handelt. Aber auch da heisst es, dass die Regionalwache bis am Montagmorgen geschlossen sei. Bei beiden Beispielen sind weder der Online-Polizeiposten noch die Notrufnummer 117 ein tauglicher Ersatz. Es kann nicht sein, dass man in der mit Abstand grössten Stadt der Schweiz am Wochenende nicht persönlich zur Stapo gehen kann, um Anzeige zu erstatten. Weder die Regionalwache City noch die umgangssprachlich als «Hauptwache» bezeichnete Urania-Wache sind offen. Mit unserem Postulat fordern wir den Stadtrat auf zu prüfen, wie er zumindest auf der «Hauptwache» bevölkerungsfreundlichere Öffnungszeiten anbieten kann. Wir anerkennen die herausfordernde Personalsituation der Stapo. Darum geht dieses Postulat viel weniger weit als das frühere Postulat GR Nr. 2022/656.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Der Stadtrat lehnt das Postulat aus mehreren Gründen ab: Es ist so, dass ausserhalb der Schalteröffnungszeiten – abends nach 18 Uhr und vor 07 Uhr – weiterhin nicht aufschiebbare oder terminierbare Anzeigen entgegengenommen werden. Alle Regionalwachen der Stadtpolizei wie auch die Regionalwache City sind 24 Stunden an sieben Tagen die Woche mit Personal besetzt. Dadurch ist sichergestellt, dass drin-



gende Anzeigen jederzeit aufgenommen werden können. Das betrifft die im Postulat erwähnten Beispiele wie Sexualdelikte, häusliche Gewalt, Spurensicherung oder Massnahmen zum Gewaltschutzgesetz und auch wenn eine Touristin aufgrund eines Diebstahls vor ihrer Rückreise einen Ausweisverlustschein für einen Notfallpass melden muss. Die Entgegennahme solcher Anzeigen ist jederzeit sichergestellt. Dafür braucht es keine erweiterten Schalteröffnungszeiten. Generell werden Notfälle immer über die Notrufnummer 117 sowie auf der Regionalwache rund um die Uhr bearbeitet. Weiterhin steht der Online-Polizeiposten der Kantons- und Stadtpolizei während der erweiterten Öffnungszeiten von Montag bis Sonntag zur Verfügung. Dort kann live mit Polizist*innen kommuniziert, Auskunft eingeholt und eine online Anzeige eingereicht werden. Zusätzlich steht die digitale Anzeigemöglichkeit via «Suisse ePolice» rund um die Uhr zur Verfügung. Cybercrime, Diebstahlsdelikte, Sachbeschädigungen und Kontrollschildverluste können einfach und digital erfasst werden. Daher ist dieses Postulat abzulehnen und die wichtigen Sofortmassnahmen zur Entlastung der Polizeikräfte nicht rückgängig zu machen.

Weitere Wortmeldungen:

Moritz Bögli (AL): Diesem Vorstoss stimmen wir sehr gerne zu. Für uns ist klar, dass mindestens eine Regionalwache in der Stadt Zürich – die Wache Urania ist sicherlich die sinnvollste – am Wochenende geöffnet sein muss. In Fällen häuslicher sowie sexualisierter Gewalt greifen Opfer meist nicht zum Notruf. Es ist einfacher, persönlich auf dem Polizeiposten vorbeizugehen. Das muss auch am Wochenende möglich sein. Dass wir darüber entscheiden, zeugt von einer speziellen Prioritätensetzung innerhalb der Stadtpolizei. Für absolute Grundbedürfnisse der städtischen Bevölkerung müssen Kapazitäten da sein. Am Wochenende haben wir gesehen, wofür Mittel da sind und wofür nicht. Den Notruf zu wählen, funktioniert teilweise nicht. Das muss sichergestellt sein. Dazu gehört auch, dass man am Wochenende Anzeigen aufgeben kann. Dazu muss man vielleicht auch mal eine Kulturbesetzung mit Konzerten, wie sie am Freitag hätte stattfinden sollen, gewähren, um wichtigere Sachen zu priorisieren. Wir unterstützen das Postulat.

Martina Zürcher (FDP): Ich bin sehr irritiert über die Ausführungen der Vorsteherin des Sicherheitsdepartements STR Karin Rykart. Sie sagt, die Regionalwachen seien besetzt und Notfälle könnten entgegengenommen werden. Die Öffnungszeiten im Internet besagen aber, dass die Regionalwache am Wochenende geschlossen ist. Zu Notfällen steht nichts. Wenn gewisse Anzeigen gemacht werden können, muss das kommuniziert werden. Wenn Sie das nur hier im Parlament sagen, weiss die Bevölkerung es nicht. Gerade Touristen sehen somit auf Google, dass die Polizeiwache geschlossen ist.

Karin Weyermann (Die Mitte): Martina Zürcher (FDP) hat ausgeführt, was ich sagen wollte. Wir wissen, dass die Wache täglich 24 Stunden besetzt ist und man, wenn man klopft, wahrscheinlich eingelassen wird. Auf Google steht dies aber nicht, obwohl wahrscheinlich alle dort nachschauen. Wenn etwas wirklich dringend ist, rufe ich die Notrufnummer an. Wenn etwas nicht ganz so dringend ist, im Internet aber steht, dass die Wache geschlossen ist, gehe ich nicht vorbei. Auf die Thematik, wo man Mittel einsetzt,



gehe ich nicht noch mal ein. «Bevölkerungsfreundliche Öffnungszeiten» ist sehr verhalten formuliert. Wenn ich als Touristin an einem Freitagabend überfallen werde und am Sonntag zurückfliege, möchte ich die Anzeige am Samstag aufgeben können.

Samuel Balsiger (SVP): Wir haben unterschiedliche Ausführungen gehört und die Postulanten haben die Webseite der Stadt Zürich vorgelesen. Die dort getätigten Aussagen sind das Gegenteil von dem, was STR Karin Rykart gesagt hat. Es wäre spannend, wenn sie das erklären könnte. Umgangssprachlich sagt man: Der Fisch stinkt vom Kopf. Wenn so unterschiedliche Informationen im Umlauf sind, funktioniert etwas bei der Führung nicht richtig. Auch wäre es spannend, von STR Karin Rykart zu hören, was wichtige Anzeigen sind und wer entscheidet, wann eine Anzeige unwichtig ist. Wenn sie Opfer eines physischen Angriffs sind, egal ob sexualisierte Gewalt oder sonstige Übergriffe auf die persönliche Unversehrtheit, ist es immer wichtig. Es liegt nicht an STR Karin Rykart zu entscheiden, welches Opfer prioritär behandelt werden darf. Da gibt es gewisse Fragen, die nun aufgeklärt werden sollten. Ich sehe nicht, dass sie sich auf die Redeliste gesetzt hat. Wir waren alle verwundert, dass die AL bei der Stärkung der Polizeiwache zustimmt. Die Antwort hatten wir schnell. Aufgrund der versuchten Besetzung konnte die Polizei einer Frau, die Opfer eines brutalen Angriffs mutmasslich eines Syrrers wurde, nicht zur Hilfe kommen und den Täter nicht verhaften. Die Linksradiكالen haben Steine geworfen und im Internet gibt es Videos, in denen sie Passanten eingeschüchtert und angegriffen haben. Dass der gewählte Volksvertreter Moritz Bögli (AL) dies als Kulturbesetzung bezeichnet, ist ziemlich weit davon entfernt, was in einer Demokratie möglich ist. Lesen Sie den Extremismusbericht des Stadtrats, der sie als wohlwollend gegenüber linksradikaler Gewalt beschreibt. Das Votum zeigt: Ihr habt Sympathie für linksradikale Gewalt.

Markus Knauss (Grüne): Samuel Balsiger (SVP), es ist unerträglich, dass du wieder eine komische Geschichte drehst, wenn wir rational über die Frage diskutieren, was wir bezüglich der Prioritätensetzung bei der Polizei als Parlament wichtig finden. Der Rest ist sich einig und wird das Postulat ziemlich sicher einstimmig beschliessen. Du willst heute scheinbar deinen Rekord an Wortmeldungen übertreffen. Ich kann die Ausführungen von Martina Zürcher (FDP) sehr gut nachvollziehen. Die grösste Stadt der Schweiz sollte am Wochenende Zugang zu wenigstens einer Wache bieten. Ich habe grosses Verständnis für die Personalsorgen, muss in diesem Punkt aber meinen Vorrednern und Vorrednerinnen Recht geben: Es geht um eine Prioritätensetzung und einen einfachen Zugang zur Stadtpolizei auch samstag- oder sonntagnachts. Wenn man die Personalfragen so stark in den Vordergrund stellt, kommt die Frage auf, ob die Stadtpolizei keine zusätzlichen Stellen erhält. Mit jedem Budget bewilligen wir 8–9 neue Stellen. Wir haben IKAPOL-Einsätze, zu denen uns der Kanton verpflichtet. Damit verschwenden wir viele Stunden. Zwar leisten wir diese – uns leisten wir aber keine stets geöffnete Wache. Ich war dabei, als ein Opfer eines Raubüberfalls auf eine Regionalwache kam. Vor einer Kamera der Wache gaben wir an, eine Anzeige machen zu wollen, worauf eine anonyme Stimme antwortete, ob das nicht bis Montagmorgen warten könne. Die Person war aufgewühlt, etwas verwirrt und wollte nicht warten; auch um DNA-Abstriche machen zu können. Das konnte sie dann auch, aber erst, nachdem sie den ersten Widerstand überwunden hatte. Es ist somit eine Frage der Kommunikation. Hätte man der Person das Handy gestohlen,



hätte sie den Notruf nicht wählen können. An einem Ort eine tägliche 24-Stunden-Präsenz zu haben, müsste für die Stadtpolizei möglich sein. Insofern kann ich das Postulat nur unterstützen. Es wäre wünschenswert, dass STR Karin Rykart noch mal mit ihren Leuten spricht. Zwar hat sie gesagt, dass sie die Umsetzung nicht rückgängig machen werde – bei einer Annahme des Postulats wäre ich aber froh, ihr würdet über die Bücher.

Sven Sobernheim (GLP): *Lieber Markus Knauss (Grüne), betreffend Einstimmigkeit muss ich Dich enttäuschen. Nach dieser Debatte bin ich überzeugter als zuvor. Sie sprechen von fiktiven Fällen. Ich habe am Samstag um 14 Uhr am Hauptbahnhof Zürich bei der Kantonspolizei eine Anzeige gemacht und wurde nach 5 Minuten bedient. Die Auslastung in diesem Zentrum war nicht so hoch. Wir sind für eine enge Zusammenarbeit zwischen Stadtpolizei und Kantonspolizei. Auf diese Wache konnte ich mich verlassen und alles hat funktioniert. Wenn man eine Person zur Begleitung anfragt, wird man sie auch darum bitten können, das Telefon für einen Notruf zu nutzen. Sonst sind wir uns einig, dass online Meldungen der einfachste Weg sind, um Dinge zu bestellen und zu erledigen. Hier streben Sie aber den physischen Kontakt an. Zudem sprechen Sie von einem schwachen Postulat, da es nur «bevölkerungsfreundliche Öffnungszeiten» vorgibt. Gerne hätte ich eine konsultative Abstimmung, was unter «bevölkerungsfreundlich» zu verstehen ist. Nach dem vorgetragenen Fall wäre das samstagnachts. Wir hatten schon immer die Haltung, dass die Personalressourcen in dieser Stadt effizient eingesetzt werden sollen. Effizient heisst nicht, dass die Polizei auf der Wache abwartet, sondern dass man sie auf der Strasse einsetzt. Wenn man etwas braucht, kann man klingeln. Selbst während der regulären Öffnungszeiten muss man klingeln, um eintreten zu können.*

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): *Markus Knauss (Grüne) hat unsere Haltung bereits dargelegt, aber ich möchte auf einen Aspekt weiter eingehen. Für Betroffene sexualisierter und häuslicher Gewalt ist es meist sehr schwierig, eine Anzeige zu machen. Bis zur Entscheidung ist es häufig ein langer Weg voller Hürden. Objektiv betrachtet sind diese Hürden vielleicht nicht so gross, subjektiv betrachtet jedoch sehr. Als Stadt sollte es uns ein Anliegen sein, diese Hürden abzubauen. Dazu gehört, dass eine von sexualisierter oder häuslicher Gewalt betroffene Person an einem Wochenende entscheiden kann, auf der Regionalwache vorbeizugehen. Am Wochenende ist es einfacher, einen Freund oder eine Freundin als Begleitung dabei zu haben. Ich möchte aber betonen, dass längere Öffnungszeiten nicht ausreichen. Es braucht gut ausgebildetes Personal, das Betroffene adäquat begleiten und eine Anzeige aufnehmen kann. Es ist extrem wichtig, dass das in der Ausbildung einen weitaus grösseren Teil einnimmt als aktuell, damit Betroffene nicht das Gefühl bekommen, dass man ihnen nicht glaubt oder sie abgewimmelt werden. Eine Studie von Amnesty International Schweiz zeigt, dass extrem viele Betroffene keine Anzeige machen, weil sie denken, dass die Polizei ihnen nicht glaubt. Es ist nicht Aufgabe der Polizei, Betroffenen zu glauben oder nicht, sondern ihnen zuzuhören, dies aufzunehmen und weiterzuleiten. Die Polizei ist nicht das Gericht. Dort müssen ebenfalls Hürden abgebaut werden. Die Bevölkerung muss wissen, dass die Polizei für einen da ist, wenn man Gewalt erlebt hat. Glauben und nicht glauben ist erst später im Verfahren relevant. Auch müssen wir in der Stadt Zürich die Opferberatung stärken, damit diese Betroffene*



zur Polizei begleiten kann. Der Kanton Zürich hat vor, mehr finanzielle Mittel für die Opferberatung an die Stadt Zürich zu sprechen, damit mehr Stellen geschaffen und Opfer zur Anzeige begleitet werden können. Das ist ein extrem wichtiger Schritt.

Oliver Heimgartner (SP): Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, dass eine Polizeiwache in der Innenstadt auch am Wochenende geöffnet ist.

Andreas Egli (FDP): Sven Sobernheim (GLP), normalerweise haben wir im Gemeinderat nicht die Haltung, dass der Kanton aushelfen soll, wenn wir unsere Mittel aufstocken müssen. Es gibt eine Trennung zwischen Stadt- und Kantonspolizei. Wenn man eine Einheitspolizei möchte, muss man das sagen und einen Antrag stellen. Bloss auf die Kräfte des Kantons zu verweisen, ist – mit Verlaub – etwas billig. Ich bin mit den Ausführungen von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) grundsätzlich einverstanden, was selten vorkommt. Man muss anerkennen, dass die Stapo einen grossen Ausbildungseffort im Bereich sexualisierter Gewalt leistet und entsprechende Stellen in der Ausbildung und im Einsatz hat. Auch muss zur Kenntnis genommen werden, dass die notwendige zusätzliche Ausbildung ressourcenaufwendig ist und bei den Polizeistellen Zeit in Anspruch nimmt. Wie wir gehört haben, sind wir bei den Stellenprozenten etwas knapp: Gemäss Stadtrat fehlen 157 Stellen. Jährlich beantragt er 15–20 neue Stellen, von denen Sie jeweils die Hälfte bewilligen. Das ist eine gewisse Form von «Defund the Police», wenn wir die Bevölkerungsentwicklung und das Aufgabenspektrum berücksichtigen. Wenn Markus Knauss (Grüne) seine Stadträtin für falsche Prioritätensetzung kritisiert, finde ich das seltsam. Wenn man das Gefühl hat, dass der eigene Stadtrat nicht richtig funktioniert, kann man diese Kritik ausserhalb der Öffentlichkeit äussern. Man hat keine Wahl, ob man bei interkantonalen Einsätzen dabei ist. Die Alternative wäre, dass der Bund die finanziellen Mittel erhält und eine Bundespolizei schafft. Einen solchen Antrag wolltest Du, glaube ich, nicht stellen. Deswegen ergibt es Sinn, wenn grössere Polizeikorps einander aushelfen. Insgesamt bin ich aber froh, dass man mit dem Postulat der FDP für bevölkerungsfreundlichere Öffnungszeiten grundsätzlich einverstanden ist. Wir lassen dem Stadtrat und der Vorsteherin des Sicherheitsdepartements dabei einen grossen Spielraum. Wir kennen das Dilemma der knappen personellen Mittel, aber die Schliessung der letzten grossen Wache in der Stadt Zürich über das Wochenende, wenn am meisten los ist und für gewisse Bevölkerungsteile die grösste Gefährdung besteht, sehen wir nicht als zielführend. Darum haben wir das Postulat eingereicht. Es freut uns, dass wir mit Ausnahme einer Partei, die auf einem seltsamen Weg ist, eine grosse Mehrheit finden.

Das Dringliche Postulat wird mit 101 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat